

Dieter Simon

Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft

Das Gedächtnis ist der Magen der Seele.
Augustinus

I

Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind sieben Jahre ins Land gegangen. Die Folgen dieses Ereignisses für die jetzt gesamtdeutsche Wissenschaft sind bereits mehrfach erörtert worden. Insbesondere wurde eine Reihe von Veränderungen in der Wissenschaftslandschaft beobachtet, die von den Akteuren der Vereinigung nicht vorhergesehen worden waren, wohl auch nicht vorhergesehen werden konnten, und deren Bedingungen nur teilweise gewollt waren.

Was sich letztlich ereignete, darüber ist man sich heute einig, war der Transfer des westlichen Wissenschaftssystems nach Auflösung oder Aufspaltung der entsprechenden Institutionen der DDR, wobei dieser Vorgang von den entmachteten Anhängern des ancien regime heute gern als "Eroberung" geschildert wird, während die Westakteure umgekehrt hartnäckig an die dringliche Ost-Bitte erinnern, es solle doch möglichst umgehend alles nach dem Bilde des Westens hergerichtet werden. Ein Ost-West-Transfer hat jedenfalls nicht stattgefunden.

Hauptfolge dieses Vorgangs war die Beseitigung des Wissenschaftssystems der DDR und die Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler. Das BRD-System hat eine erhebliche Ausdehnung erfahren und dadurch zunächst weniger seinen Charakter als seine institutionelle Substanz verändert: So hat sich etwa die im außeruniversitären Bereich angesiedelte Forschung so erheblich vermehrt, daß sich Tendenzen und Chancen für neue (allerdings vorwiegend über den Finanzierungsschlüssel vermittelte) Formen der autonomen Selbstorganisation entwickeln können (Blaue Liste).

Gleichzeitig erlitt die deutsche Forschung in ihrer Gesamtheit unübersehbare Ausdünnungen. Hohe Transformationskosten haben die überlieferte Forschungsförderung (etwa: DFG, privates Stiftungswesen) geschwächt und den Forschungsorganisationen (z.B.: MPG) ungeahnte Spontan- und Dauerlasten aufge-

bürdet. Diese Einschnitte konnten weder durch die teilweise Inbesitznahme von DDR-Einrichtungen (z.B. durch FhG und BBAW) noch durch die aufschäumende Immigrationswelle von westlichen Professoren und sonstigen wissenschaftlichen Führungskräften in die ehemaligen DDR-Standorte, noch durch die sprunghafte Verbesserung der Karriere-Chancen vieler BRD-Wissenschaftler kompensiert werden. Die Neugründungen gerieten in den Strudel der Finanznot der öffentlichen Kassen. Bestehende Forschungsstätten des Ostens haben sich durch unorganische Säuberungen, hastige Umorganisation nach illusionären Konzepten und kompetenzschwache Selbstergänzungen in schwere Bedrängnis gebracht.

Angesichts dieser im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehenden und mittlerweile bereits zum Allgemeingut der Kommentatoren zählenden Beobachtungen wurde der Frage nach den positiven oder auch negativen Folgen für die kognitive Seite des Wissenschaftsprozesses, nach den einigungsbedingten Zuwächsen respektive den Minderungen an Fragestellungen einerseits und Handlungschancen andererseits für das neue System, das System der Berliner Republik, zunächst nur geringe Beachtung geschenkt.

Welchen wissens- und wissenschaftsorganisatorischen Veränderungen wird sich das ehemalige BRD-System nach dem Wegfall seines "negativen Referenzsystems DDR" (Lepsius) ausgesetzt sehen?

- Wird, aufgrund tiefliegender gemeinsamer Modernisierungsströme, eine Art ex post-Konvergenz eintreten - vergleichbar dem Ost/West-Schicksal des humanistischen Gymnasiums, das im Osten als "bürgerlich" kurzerhand beiseitegeschafft wurde, im Westen aber unter Eliteverdacht und Utilitarismus verdorrt, so daß die Sprache des Aristoteles im vereinigten Deutschland bald allen Jüngeren unbekannt sein wird?
- Kann, abgesehen von einer unbeabsichtigten Konvergenz der Verödungen, erwartet werden, daß sich die Bereitschaft der Westwissenschaftler einstellt, die beobachteten - und hier und da auch schon reflektierten -, Erfahrungen aus und mit der DDR-Wissenschaft in ihre kognitiven Prozesse eingehen zu lassen?
- Wird die Residualkategorie "Ostwissenschaft" bereit und fähig sein, ihre im Westwind flatternden Denksegel auf eine gemeinsame Fahrt auszurichten?
- Kurz: Werden wir *historia als magistra scientiae* erleben?

Die Arbeitsgruppe konnte keine schlüssigen Antworten und erst recht keine Rezepte zu diesen Fragen erarbeiten, wollte sie sich nicht der ironischen Bewertung aussetzen, "hier seien sibyllinische Vorahnungen des Guten und Rechten, das einst kommen soll oder sollte, gegründet auf ernste Betrachtungen des Überlieferten und des Lebens" (Goethe, Italienische Reise).

Sie hat jedoch einige mögliche Lehrstücke im politischen, organisatorischen, methodologischen und ethischen Bereich der Wissenschaft identifiziert, die sich der

weiteren Beachtung und näheren Prüfung empfehlen, ob sie - als der Berliner Republik gemeinsame - zu akzeptieren sind.

II

I.1 Praxis

Die Forderungen nach größerer "praktischer Relevanz" der Wissenschaft, nach einem "Anwendungsbezug", wie das Unwort der Wissenschaftsadministration lautet, sind außerordentlich modern. Hinter dem Postulat verbirgt sich in der Regel eine Vielzahl von Motiven. Das beginnt bei der Aversion gegen die für eine ökonomisch definierte Praxis irrelevanten "Diskussionswissenschaften", die (bestenfalls) mit dem weder in Zahl und Maß noch in barer Münze faßbaren "bloßen Geist" Umgang pflegen, und endet bei der weitläufigen Kritik an den komplexen Schwierigkeiten, die die deutsche Wissenschaft bei der Überführung ihrer Einsichten in rasch marktfähige Produkte offenkundig hat. "Die Suche nach dem Nutzen der Grundlagenforschung" wäre ein weiteres, in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren bereitwillig diskutiertes Stichwort. Schließlich gehört noch ein modischer naturalistischer Fehlschluß hierher. Nach ihm folgt aus der Einsicht, daß die philologisch-historischen Wissenschaften ihren im 19. Jahrhundert gewonnenen Status als gesellschaftliche Leitwissenschaft an Biowissenschaften und Informatik verloren haben, daß der abgesetzte Herrscher zu liquidieren sei.

Die DDR war in dieser Hinsicht von ähnlichen Geistern beseelt. Der Aspekt des "unmittelbaren gesellschaftlichen Nutzens", die "Anwendungsorientierung", die "praktische Leistung" wurden entschieden in den Vordergrund geschoben. Das Motiv individueller Forscherneugierde wurde kollektiv der Gesellschaftsutilität geopfert. Von einer Privilegierung der curiositas konnte gewiß nicht die Rede sein. Die Frage, ob es überhaupt eine sinnvolle Obliegenheit für Wissenschaft sein könne, sich um die praktische Umsetzung ihrer Ergebnisse zu bemühen, wurde nicht zugelassen. "Nicht einmal die Philosophie durfte Wissen um seiner selbst willen suchen" (Mayntz). Daß dem so war, wird richtigerweise als Folge des Marxismus-Leninismus beschrieben. Denn die von den Theoremen dieser Geschichtsphilosophie bestimmten gesellschaftlichen Relevanzkriterien gehörten zur Disziplinendefinition und instrumentalisierten den Konsens über das, was wichtig war.

In der neuen Republik hat der Marxismus-Leninismus nichts mehr zu bestellen. Was Renate Mayntz für die DDR formuliert, nämlich, daß "einzelne wissenschaftliche Teilgebiete oder sogar ganze Disziplinen, in denen sich ein konkreter

Leistungsbezug schwer konstruieren ließ", ein geringes Prestige besessen hätten und wenig gefördert worden seien, gilt aber auch hier. Die Soziologie bekommt ihre selbstkritische Frage nach der Explanationskraft und der Reichweite ihrer Theorien postwendend als "Nutzlosigkeit" aufs disziplinäre Butterbrot geschmiert. Die historisch-philologischen Kulturwissenschaften, bei denen traditionell die unmittelbar nützliche Leistung nicht ohne weiteres ersichtlich ist, weil ihnen der direkte praktische output abgeht, verlieren ständig an Prestige und werden zunehmend nur noch in Hofnarrenfunktion alimentiert.

Das Syndrom ist mithin gesamtdeutsch, und da es einstweilen keine Hinweise auf das Wirken eines subversiven Marxismus gibt, sollte unbefangen alles getan werden, um diese Gesellschaft ohne Marxismus-Leninismus vor den Folgen von Marxismus-Leninismus zu bewahren.

Das gilt erst recht für die Grundlagenforschung. Wir wissen, daß die DDR diese zugunsten der angewandten Forschung vernachlässigte. Das ist aber weniger aus prinzipieller theoretischer Überzeugung von der Richtigkeit dieses Handelns geschehen, wie nicht zuletzt die brave Förderung der billigen Mathematik beweist, als aus ökonomischen Zwängen, die eine Konzentration auf Anwendbarkeit unabweisbar zu machen schienen.

Im Ergebnis hatte das allerdings verheerende Folgen. Denn die mangelnde Grundlagenforschung hat nicht nur die Kenntnis der Generalia minimiert und sektorielle Engführungen erzeugt, sondern auch Kreativität und Innovationskraft, die offenbar häufig eine unmittelbare Folge zweckfreier Forschung an den Grundlagen sind, deutlich beeinträchtigt, besser: behindert und verschleudert, denn die defizitausgleichende Improvisation hat Erstaunliches zustandegebracht. Die trotz Verzichts auf die Grundlagenforschung bei der angestrebten Anwendbarkeitssuche gelegentlich abfallenden, bemerkenswerten Entdeckungen konnten die Vernachlässigung jener Forschung letztendlich nicht kompensieren.

Hieraus sollte gelernt werden, daß die neue Republik, falls sie ihren gegenwärtigen Grundlagenkeptizismus nicht überwindet, alsbald in die Lage versetzt sein wird, den für Gesamtdeutschland anno 1945 nicht realisierten Morgenthau-Plan des industriellen und intellektuellen Kahlschlags 60 Jahre später doch noch zu vollenden.

II.2 Transparenz

Daß Wissenschaftler die Folgen ihrer Tätigkeit nicht in dem Sinne zu "verantworten" haben, daß sie für die Folgen ihres Tuns individuell eintreten müßten, ist bekannt. Zwar wird unter dem Druck moralisierender Vorhaltungen viel von Verantwortung geredet, aber im Mißlingensfalle ist doch kein Forscher

bereit, sich köpfen zu lassen (was allerdings auch nichts hülfte). Daß man aber, wenn schon durch deklarierte Verantwortungsübernahme nicht viel zu erreichen sei, jedenfalls auf Transparenz Wert legen müsse, ist inzwischen zu einem Postulat geworden, das weithin mit Zustimmung rechnen kann. Schließlich sollen in Großbritannien sogar schon Lehrstühle für Public Understanding of Science (PUS) gegründet worden sein. Wobei ein Teil der großen Menge der Befürworter dieser Einrichtung offenbar in erster Linie an Akzeptanzbeschaffung durch informierte öffentliche Absegnung denkt, während der andere seine Hoffnungen auf wissenschaftskritische "Aufklärung" setzt oder sogar glaubt, durch "Öffentlichkeit" der mißliebigen Expertenherrschaft ein Ende machen zu können.

Die neueste Delphi-Studie des Zukunftsministeriums, die auf die Bedingungen der "Wissengesellschaft" des nächsten Jahrhunderts zielt, versteht unter "Wissen" zu mehr als 90% das wissenschaftliche Wissen. Wenn also im Deutschland der Zukunft zwar unter anderen Prämissen, aber nicht weniger entschieden als in der ehemalige DDR eine durch Wissenschaft dirigierte Gesellschaft leben soll, dann dürfte wohl ebenfalls gelten, was für die DDR galt: "In einer auf Wissenschaft gegründeten Gesellschaft sollten alle Bürger über den Stand der Wissenschaft informiert sein" (Mayntz). Denn nur dann können sie wissen, was sie wissen müssen, wenn sie eine kritische Entscheidung treffen sollen.

Der in der DDR aus diesem Sachverhalt gezogenen Folgerung, daß es Aufgabe und *nobile officium* des Wissenschaftlers sein müsse, den Bürger über Bedingungen und Folgen seiner Tätigkeit zu unterrichten, daß er populär zu sein habe, entsprach kein analoges Postulat im BRD-Wissenschaftssystem. Zwar wurden und werden der östlichen wissenschaftlichen Volkstümlichkeit vergleichbare Leistungen durch den westlichen Wissenschaftsjournalismus erbracht, der sich obendrein in seinen vornehmsten Vertretern explizit als kritisch beobachtende Instanz versteht. Und aus Außenseiterposition wurde fallweise nicht nur "Versittlichung", "Verrechtlichung", "Vermarktung" etc. der Wissenschaft gefordert, sondern auch deren radikale "Ver-Öffentlichung" im Sinne von Offenheit und Öffentlichkeit (Spinner 1985). Aber der Durchschnittswissenschaftler, zumal jener naturwissenschaftlicher Provenienz, hielt und hält doch die Komplexität seiner Forschungen für eine hinreichende Entschuldigung seines fehlenden Engagements für Erläuterungen an die Adresse von "Laien".

In der Berliner Republik begegnet sich die affirmative Wissenschaftspropaganda der DDR immerhin mit der alten politischen Forderung aus der ehemaligen BRD, daß dem Steuerbürger der Sinn und Zweck der Vorhaben, für die seine Groschen investiert wurden, erläutert werden müsse. Wie soll schließlich ein Sponsor gewonnen werden, wenn er nicht weiß, wofür er sein Geld ausgibt. Der Gedanke, es solle einfach staatlich gezahlt und die Verwendung der Gelder in die

quasi-private Verantwortung der Wissenschaft gestellt werden, verliert durch das Beispiel der DDR, die mit ihrer wissenschaftlichen Volks-Pädagogik bemerkenswerte Erfolge erzielte, viel Kredit. Und Rechenschaftsberichte mit Massenbildung zu verbinden, ist schließlich nicht von Übel.

Nicht nur das britische PUS, sondern auch die Wissenschaftspopularisierung der DDR, ihre Formen, ihre Organisation, ihr Einsatz und ihr Umfang - von der Rechtspropaganda bis zu den Lebensbedingungen der Seidenraupe - sollten zur Modellgewinnung für die Zukunft eingehend studiert werden.

II.3 Schwerpunkte

Nahezu bundesweit wird gegenwärtig für die Hochschulforschung die Forderung nach "Schwerpunktbildung" erhoben. Gemeint sind damit sowohl thematische Schwerpunkte nach dem Muster "Ausbau der Biotechnologie", als auch regionale Konzentrationen und Verbünde ("hier Rechtswissenschaft, dort Betriebswirtschaft"), um Gewinne aus Arbeitsteilung und Spezialisierung zu ziehen. Das geschieht nicht so sehr aus reformatorischer Inbrunst, wie gern verlautbart wird, sondern meistens, um den angeblichen Spar- (will sagen: Kürzungs-) zwängen zu genügen.

Gleichwohl könnte der haarigen Frucht ein schmackhafter Kern zugebilligt werden. Schließlich kann man sich Schwerpunkte nicht anders, denn als Ergebnis von Planung vorstellen. Und Planung ist in diesem Bereich einem naturbelassenen akademischen Wildwuchs, der seine Entscheidungen professoralem Geschmack und disziplinärem Egoismus verdankt, entschieden vorzuziehen. Jedenfalls muß die ungebremste Selbststeuerung den Beweis, daß sie selbstbestimmte Forschung im gleichen Maße ermöglicht wie ein staatlich institutionalisiertes und garantiertes anything goes noch erbringen. Außerdem sind Verbundkonzepte nicht nur deutlich billiger, sondern häufig auch viel innovativer als regionale Autonomieübungen.

Freilich wird man Planung kaum so leise flüstern können, daß das Echo Steuerung übertönt würde. Steuerung, präzise: die hier einschlägige (akademisch unterstützte) politische Steuerung deutet vielen Zeitgenossen das komplementäre Ungeheuer zur naturwüchsigen Beliebigkeit zu sein.

Planung erscheint in diesem Zusammenhang also als der riskante Versuch, zwischen der Skylla des kontingenten Wucherns der Fächer und der Charybdis eines bürokratischen Determinismus hindurchzusteuern.

Die DDR hatte ebenfalls und frühzeitig ein Programm zur Schwerpunktbildung. Es war folgenden drei Aspekten geschuldet:

- der ubiquitären Forderung nach praktischer Anwendbarkeit der Ergebnisse,
- den thematischen Präferenzen des Marximus-Leninismus,
- den faktisch immer gegebenen Sparzwängen.

An manchen Stellen ging der Plan auf. So wurde, wie theoretisch erwartet, "Recht", aufs Ganze der DDR gesehen, tatsächlich weniger, und deshalb waren vier juristische Fakultäten völlig ausreichend, um den Bedarf des Landes zu decken. An anderen Stellen war man weniger erfolgreich. So brachte die aggressive Profilierung auf "praktisch" und "nicht bürgerlich" nicht nur die faktische Verdrängung nahezu aller Fächer mit sich, die die BRD als "Orchideenfächer" bezeichnet hätte, sondern dieser erwünschte Untergang hatte auch unerwünschte Nebenfolgen. Paradigmatisch ist das Absterben der Altphilologie mit seinen verderblichen Auswirkungen für sprachwissenschaftliche Fragestellungen, für die kompetente Bearbeitung vieler hilfswissenschaftlicher Probleme der Historiographie und für die Möglichkeiten der (DDR-)Klassikerrezeption. Bei den auf regelmäßigen und intensiven internationalen Austausch angewiesenen Disziplinen hatte die Entscheidung für einen nationalen Plan-Focus deutliche wissenschaftliche Verspätungen (Physik, Informatik) und suboptimale Resultate auch für Verbundkonzepte (Biologie) zur Folge. Ein Sieg der Charybdis.

Eine komparative Anekdote zur heiteren Verdeutlichung:

Die von Ulbricht zunächst für nicht mehr relevant erklärte universitäre Ägyptologie durfte Wiederauferstehung feiern, als Ägyptens damaliger Staatschef Nasser sich zur Enttäuschung der BRD entschloß, den Vorsitzenden der SED zu einem Staatsbesuch einzuladen, und die Partei bei dieser Gelegenheit das inzwischen eingetretene Verschwinden ägyptologischer Experten mit landeskundlichem Wissen zur Kenntnis nehmen mußte. Lehrreich wird der Sachverhalt, wenn man erfährt, daß das BMBF gegenwärtig eine Kampagne startet, die der Rettung der vom Untergang bedrohten kleinen Fächer dienen soll, wobei "klein" anscheinend im Sinne der sonst üblichen Bezeichnung "Orchideenfach" (Gegensatz: Massenfach) zu verstehen ist und nicht im Sinne von "singulär" oder "bedeutungslos". Honny soit qui mal y pense angesichts des Umstandes, daß die Entdeckung der "kleinen Fächer" in unmittelbarem Zusammenhang mit einem vom Ministerium auf den Weg gebrachten "Asienprojekt" steht (wozu detaillierte asiatische Landeskunde und Kenntnisse z.B. der indischen Dialekte wünschenswert gewesen wären). Programme ohne kommunikativen Abgleich zwischen planender Politik und beplanter Wissenschaft, Schwerpunkte ohne präzise Organisation und unter dem Diktat der Valuta, Planung ohne ausreichende organisatorische Kompetenz und umsichtige akademische Begleitung möchten auch in der Berliner Republik leicht nicht zu "Schwerpunkten", sondern zur Haufenbildung führen, die mehr zerstört als Ertrag einbringt.

II.4 Zwei Kulturen

Die im 19. Jahrhundert erfolgte Spaltung der Wissenschaften in Natur- und Geisteswissenschaften (im Nachgang zu Snow oft als Zweikultursyndrom beschrieben) könnte durch die Wissenschaftsgeschichte der DDR erneut kategorial bestätigt worden sein, da für die Natur- und Technikwissenschaften zu gelten scheint, daß sie "in ihrem kognitiven Kern vom Marxismus-Leninismus weitgehend unberührt blieben" (Mayntz), während die anderen Wissenschaften, nämlich die Gesellschaftswissenschaften, wie in der DDR der nicht-naturwissenschaftliche "Rest" genannt wurde, jene waren, die "berührt" wurden.

Der Unterschied trifft und ist unbestreitbar. Er hat seinen Fokus in der Wendung "kognitiver Kern", die allen Nachdruck auf die Methoden, Prozeduren und Techniken legt, mit denen das disziplinäre Wissen erarbeitet wird. Gesellschaftstheoretische und politische Abstinenz ist bei Disziplinen, deren Gegenstand in der Sicherung der menschlichen Existenz und der Bedingungen ihrer Reproduktion liegt, offenbar möglich und konstituiert den Unterschied zu jenen Disziplinen, die am Aufbau, der Festigung und Legitimation eines bestimmten politischen Systems beteiligt sind.

Aber, das ist die erste Lehre, die hier zu ziehen ist, die Differenz sollte nicht zum Anlaß genommen werden, der aus säkularisierter Theologie hervorgegangenen Idee von der "reinen" Naturwissenschaft eine ungebührliche Festigung zu verleihen und ihre Vertreter mit der politischen Harmlosigkeitsmedaille auszuzeichnen. Denn es muß klar sein, daß die Naturwissenschaftler nicht nur im politischen System affirmativ agierten (also: als für die Ziele des Sozialismus kämpfend systemspezifisch politisiert waren, indem sie - wie Bauarbeiter oder Sportler auch - "Spitzenleistungen zum Wohle und zur Anerkennung der DDR" vollbrachten), sondern daß auch generelles Selbstverständnis und Wissenschaftsbegriff der Naturwissenschaften sehr wohl aus dem Marxismus-Leninismus abgeleitet waren, ja, daß diese Wissenschaften geradezu als die Garanten für die "Lösung der philosophischen Grundfrage" ('Das materielle Sein bestimmt das Bewußtsein') galten, gelten mußten und (jedenfalls in der Mehrheit auch) gelten wollten.

Zweitens: Es ist dieser Sachverhalt und der weitere Umstand, daß aus ihm in der Regel eine (durch berufsbegleitende Marxismus-Leninismus Kurse noch zusätzlich verstärkte) im Verhältnis zur BRD-Situation größere Gesprächsbereitschaft und Aufgeschlossenheit der Naturwissenschaftler der DDR für historische und gesellschaftstheoretische Fragen folgte, der geeignet ist, die von Jens Reich (aber nicht nur von ihm) gemachte Beobachtung zu erklären, daß Ost- und Westwissenschaftler nicht nur (wie die meisten Ost- und Westmensch) nach durch-

schnittlicher Verhaltensweise und sozialer Lage unterschiedlich sind, sondern auch nach wissenschaftlich-mentalem Typ differieren.

Dritte Lehre: Der ungenügende Durchgriff der herrschenden Ideologie auf die naturwissenschaftliche Methode kann uns darüber informieren, warum die Naturwissenschaften die Evaluation um soviel besser überstanden haben als die Gesellschaftswissenschaften. Abgesehen vom "reineren Kern" waren allerdings vermutlich auch die naturwissenschaftlichen Resultate für die Ost und West betreffende Sicherung der materiell-technischen Basis der Existenz von einigem Belang. Schließlich ruht der klassische Primat der Naturwissenschaften seit einigen Jahrzehnten nicht mehr auf Methode und Wissenschaft, sondern auf ökonomischer Utilität. Außerdem vermittelt uns der Sachverhalt wenigstens die Ahnung, daß auch im Hintergrund gegenwärtiger "Reinheit" zweifellos Basisannahmen über Welt und Gesellschaft spuken, für deren Unanfechtbarkeit es keine Garantie geben kann (und darf).

Was die "Berührten" und eben deshalb jetzt "Unberührbaren" angeht, nämlich die Gesellschaftswissenschaftler der DDR (also die Philosophen, Historiker, Ökonomen, Philologen, Juristen etc. nach der Taxinomie der DDR-Wissenschaft), so wird die "Sozialisation" dieser Wissenschaftler im Westsystem über ein Zusammenwachsen der Wissenschaftssysteme der Berliner Republik entscheiden. Es wird von großer Bedeutung sein, in welchem Umfang es den Wissenschaftlern aus der ehemaligen BRD gelingt, ihr bislang noch geringes Verständnis für diese ostdeutschen Gesellschaftswissenschaftler zu schärfen und sich mit deren Weltsicht wenn schon nicht anzufreunden, so doch in produktiver und nicht oberlehrerhafter Weise auseinanderzusetzen. Mit dem rituellen und ohnehin hinter den Errungenschaften der modernen Kognitionswissenschaften zurückbleibenden Ideologievorwurf, mit Versuchen zur Reglementierung und zur Verhängung von Denkverboten wird einstweilen nichts anderes erreicht als ein höhnischer oder bitterer Systemvergleich, der nur geeignet ist, die weiterhin bestehende Spaltung zu zementieren.

Dabei wird es hilfreich sein, sich der Unterscheidung zwischen historischem und dogmatischem Marx zu bedienen, wie er auf den Symposien der Arbeitsgruppen mehrfach auftauchte. Der "dogmatische" Marx ist dabei die von der SED dem Marxismus-Leninismus gegebene und im Falle von Zweifeln oder von Abweichungen immer - gelegentlich auch mit Gewalt - durchgesetzte, "authentische" Interpretation der Marxismus-Leninismus-Verwalter, während der "historische" Marx, die "eigentliche" oder "richtige" Lesart des Marxismus wäre, wie sie von zwar systemkonformen, aber kritischen Gesellschaftswissenschaftlern vertreten wurde (und zum Teil noch wird).

Systemkritiker der alten BRD könnten sich von dieser Form des historischen Arguments nicht bloß Anregungen, sondern außerdem spannende Vergleiche für den Umgang mit ihren eigenen "Klassikern" ableiten, zumal das Ende der Geschichte noch nicht in Sicht ist. So ist uns z.B. - trotz des Studiums der Wissenschaftsgeschichte der DDR - immer noch unbekannt, ob den ökonomischen Bedingungen im Vergleich zu anderen Bedingungen eine höhere Bedeutung für die verschiedenen Entstehungs- und Erscheinungsformen wissenschaftlicher Kreativität zukommt.

Aber auch von jenen, die sich von diesem historisch-kritischen Potential nichts versprechen und ihm das baldige (vermutlich ohnehin erwartbare) Verschwinden im schwarzen Loch der gesellschaftlichen Amnesie wünschen, muß erwartet werden, daß sie das für die Überwindung der wissenschaftlichen Kulturdifferenz erforderliche Toleranzminimum aufbringen.

II.5 Wissenschaftsorganisation

Die DDR hat einen wissenschaftsorganisatorischen Vorschlag realisiert, der im Kern auf Harnack zurückgeht und besagt, daß außeruniversitäre Institute der Forschung weitaus bessere Dienste leisten würden, als dies Akademiekommissionen oder Universitätsinstitute könnten, da in ihnen Interdisziplinarität leichter herzustellen sei und eine strenge Ausrichtung auf bestimmte Ziele müheloser zu erreichen wäre. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde seinerzeit auf dieser Überlegung aufgebaut, und vor allem die Sowjetunion hat sich für ihre Akademien in Moskau und Leningrad an dieser Idee orientiert. Es ist daher zwar nicht falsch, wenn der DDR für die Phase des Aufbaus ihrer Akademie eine Imitation des grossen Bruders attestiert wird. Aber es wird dabei übersehen, daß sie bei dieser Nachahmung durch den Nachgeahmten hindurch auf ihre eigene Vor-Geschichte zugriff.

Auch die anderen Länder des Ostblocks haben sich - mit im allgemeinen geringen Abweichungen - dem sowjetischen Vorbild angeschlossen. Dabei fielen den Akademien und ihren Instituten die Forschung und gegebenenfalls eine daraus fließende Lehre zu. Den Universitäten gebührte neben der äußerst zeitraubenden Erziehung (zum sozialistischen Menschen) ein auf Forschung und (vielfach nur) Lehrforschung gestützter Unterricht. Beide Einrichtungen verliehen (gleichartige) akademische Grade. Der Umfang, in dem sie sich wechselseitig ergänzten, war offenbar von Land zu Land verschieden - Rumänien etwa hatte zeitweise eine strikte und formalisierte Professorenrotation zwischen Akademie und Universität im Zweijahresrhythmus eingeführt.

In der DDR wurde die Kooperation nicht sehr begeistert gepflegt, das Verhältnis der beiden Einrichtungen war alles andere als spannungsfrei. Aus universitärer DDR-Sicht waren die Freiräume an der Akademie beachtlich, die Wissenschaftler in der Regel schneller auf Lebenszeit versorgt (und damit in einem auch für DDR-Verhältnisse besonders hohen Maße ökonomisch sorgenfrei gestellt) und der Anstrengung des allgemeinen Begriffs durch frühe Spezialisierung überwiegend enthoben - ein Befund, den der Wissenschaftsrat bei seiner Evaluierung weitgehend bestätigt fand.

a) Aufregend, und für eine erste Lehre in diesem Bereich wesentlich, ist eine andere Entdeckung: Sowenig sich die Stimme der Wissenschaft artifiziell generieren läßt, sowenig scheint sie sich, hat sie erst einmal Fuß gefaßt, umstandslos wieder zum Verschwinden bringen zu lassen. Die doch unverhüllt erklärte staatliche Absicht, die Universitäten der DDR, in kontradiktorischer Absetzung zur Akademie, als (höhere) Lehranstalt zu führen, ist letztlich an der Widerständigkeit der an ihr tätigen, wissenschaftlich ambitionierten Professoren und ihren Schülern, die deren Haltung, wie reduziert auch immer, übernahmen, gescheitert. Das kann in einer Zeit, in der Wissenschafts- und Finanzminister (vor allem der sozialdemokratisch [!] regierten Bundesländer) sich Hand in Hand anschicken, die Universitäten in Fachhochschulen umzuwandeln und sie mit diesen zusammen als "universities" auf die Studenten loszulassen, die Professoren ermutigen, ihr Heil im Widerstand zu suchen und die Festlegung ihrer Kraft auf Lehre und Erziehung (zum allseits [halb]gebildeten demokratischen Menschen) systematisch zu unterlaufen.

b) Die aufgrund des Beitritts der DDR zur BRD und der Neubildung von fünf kleinen Bundesländern wohl unausweichlich zu zwangsläufiger Auflösung der Akademie der DDR hat die Frage, was an dieser Akademie-Idee vielleicht bewahrenswert gewesen sein könnte, tabuisiert.

Das ist um so bedauerlicher, als wir heute nach den Thesen einiger Wissenschaftsforscher bereits im Zeitalter der Transdisziplinarität leben oder doch diesem Zeitalter rasch entgegengehen. Wenn das zuträfe, müßten die Harnackschen Überlegungen, die am Anfang dieser Entwicklung standen, erst recht gelten. Nicht bloß das enttäuschende Schicksal der interdisziplinär gedachten geisteswissenschaftlichen Zentren, das die Nachwende diesen aus den geisteswissenschaftlichen Akademieresten gebildeten Einrichtungen bereitet hat, sondern auch die Institution der flugs nach dem Prae-Harnack-Muster gebildeten Kommissionen der Berlin-Brandenburgischen Akademie wären noch einmal zu überdenken.

Einige Befunde mahnen allerdings auch zur Vorsicht. Harnacks Vorstellung, daß außeruniversitäre Institute Interdisziplinarität eher gewährleisten könnten als alle anderen wissenschaftlichen Organisationsformen, mag zutreffen. Aber systema-

tisch gewährleistet haben sie sie nicht. Im Gegenteil. Der Ruf nach Inter-, Multi- und Transdisziplinarität ist seit Harnack lauter und lauter geworden, ohne daß ein bemerkenswerter Erfolg sichtbar geworden wäre, so daß man heute schon erwägt, ob der interdisziplinäre Diskurs mehr darstellt als nur die zur ständig fortschreitenden Spezialisierung "komplementäre Beschreibung des Prozesses der Wissensproduktion" (Weingart). Wie dem auch sei - die DDR hat sich in vielen untersuchten Disziplinen entschieden und mit dem systemeigenen Nachdruck um Interdisziplinarität bemüht. Erfolge sind nicht ausgeblieben, sogar Beispiele für geglückte transdisziplinäre Stücke (etwa zur "sozialistischen Lebensweise") sind vorhanden. Gleichwohl sind auch bei ihr die Resultate letztlich bescheiden. Ein um so wichtiger Befund, als die im Vergleich zum Westen doch wesentlich nachdrücklichere Anordnungs- und Disziplinierungskraft offenbar nicht ausreichte, um die gewünschte prinzipielle Interdisziplinarität herzustellen. Die Hoffnung, durch eine institutionelle Organisationsform Interdisziplinarität erzwingen zu können, ist womöglich trügerisch.

c) Auch die organisatorischen Analogien zwischen der aufgelösten Akademie der Wissenschaften der DDR und der Max-Planck-Gesellschaft, die anfänglich Hoffnungen nährten, jene würde als "Leibniz-Gesellschaft" ein Pendant zu dieser bilden dürfen, könnten (z.B. unter dem Gesichtspunkt, inwieweit der Wissenschaftsrat an jener Akademie bereits eine exemplarische Modell-Evaluation mit Vorbildcharakter für die MPG vollzogen hat) noch Stoff zu einigem Rasonnement liefern.

d) Nicht wenige Beobachter führen die Krise der Universität allein auf den Umstand zurück, daß sie zu einem der Massenabfertigung dienenden Großbetrieb mutiert ist, so daß erst dann, wenn diesem System durch einen betreuungsintensiven Dienst am Studenten eine Absage erteilt wurde, wieder mit einer Besserung der Verhältnisse gerechnet werden darf. Daran ist jedenfalls soviel richtig, daß viele beklagenswerte Erscheinungen der heutigen Hochschulszene - von der mangelnden pädagogischen Wirkung einzelner Hochschullehrer über den dropout bis hin zum praxisunfähigen Absolventen - bei auf Klassengröße reduzierten Unterrichtseinheiten weniger bedrückend ausfallen würden.

Die DDR hatte mit ihrem (als Beruf ausgestalteten) Mittelbau und mit ihren kleinen Unterrichtsgruppen einen in der BRD längst versunkenen Zustand konserviert. Die von den Vertretern der DDR durchgehend in Anschlag gebrachten fachlichen und pädagogischen Vorteile eines von der selektiven Aufnahme bis zur persönlichen Prüfung studentenorientierten Systems können nicht nur als Begehrigung der Träume der westdeutschen Professoren vom Unterschied zwischen heute und damals, der gegenwärtig gern als Folge ihrer didaktischen Unfähigkeit und/oder pädagogischen Unwilligkeit interpretiert wird, gelesen werden.

Sie plädieren auch für Experimente mit einer neuen Binnendifferenzierung des Lehrkörpers, in dem, beim reformierten neuen "Mittelbau" beginnend, beim "Professor" endend, befristete und unbefristete Lehr- und Forschungskompetenzen separat angesiedelt werden müßten.

II.6 Hochmut kommt vor dem Fall

Wissenschaftler haben eine eigene Sprache und müssen sie haben, wenn sie rasch und ohne Komplikationen miteinander über ihre Gegenstände kommunizieren sollen. Wissenschaftler verschiedener Disziplinen haben untereinander ebenfalls differente Sprachen, wie jeder weiß, der sich einmal mit einem Chemiker und einem Soziologen gemeinsam über Sozialfürsorge unterhalten hat. Auch Wissenschaftler aus verschiedenen Wissenschaftskulturen artikulieren sich divergent. Wie sehr, hängt von der Kultur und von der Disziplin ab.

Was die Kultur betrifft, hat, wie wir inzwischen gemerkt haben, der "antifaschistische Schutzwall" mehr bewirkt, als sich seine Erbauer träumen ließen. In den Disziplinen ist die Lage uneinheitlich.

Bei den Naturwissenschaftlern aus Ost und West waren die Unterschiede am geringsten. Mathematiker beschäftigen sich eben mit Zahlen und Formeln. Und die waren auf beiden Seiten gleich. Auch das Schreckbild eines sozialistischen Blinddarms sucht man vergebens. Daß es davon auch Ausnahmen gibt, liegt auf der Hand. Wer, wie der unglückselige Trofim Dennissowitsch Lyssenko, der "Diktator der sowjetischen Biologie", seine Begabung und seine Wissenschaft dazu mißbraucht, sich auf den Versuch zu kaprizieren, die Vererblichkeit einer kommunistischen Umweltprägung des Menschen zu beweisen, dessen Fachwörtervorrat kann nicht unaffiziert bleiben. Analoges hat jedoch in der DDR nicht stattgefunden. Der Klassenstandpunkt tritt zwar gelegentlich - etwa bei gesundheits- und ausbildungspolitischen Räsonnements - zutage, aber in der Regel bleibt Krebs Krebs und ward in BRD und DDR in gleicher Weise analysiert und gefürchtet.

Bei den Gesellschaftswissenschaftlern ist die Lage dramatisch anders. Man hat und man will eine andere, eine neue, eine bessere Gesellschaft. Das bestimmt nicht nur, wie auf der Hand liegt, die gesellschaftswissenschaftlichen Inhalte - etwa bei den Juristen, Nationalökonomern, Historikern. Das zeigt sich auch, worauf es an dieser Stelle ankommen soll, im Ton.

Dem gesellschaftswissenschaftlichen DDR-Text eignet kaum jemals Gelassenheit. Er gibt sich und er ist prinzipiell kämpferisch. Das muß nicht sofort in Aufgeregtheit ausarten, aber in eine entschiedene und herrische Gestik schon. Das Pathos des Antibürgerlichen macht nicht beim Ablegen der Krawatten halt. Es

ergreift auch die Sätze der Sporthemden-Träger. Sie sind überhaupt nicht locker, sondern steif wie Stöcke, dabei arrogant und hochmütig in ihrem Wissen von den Gesetzmäßigkeiten, die uns bedrohen. Indikativische Feststellungen, die keinen Widerspruch dulden, gehäufte konstatierende Propositionen, in denen schon gegeben ist, was erst noch sein soll, ersticken jeden Zweifel:

"Das Proletariat unterscheidet sich dadurch von allen anderen Klassen, daß sein Kampf zur Verwirklichung der eigenen Ziele auch zur sozialen und politischen Befreiung aller Werktätigen führt. Indem die Arbeiterklasse mit Hilfe ihres Staates die Grundlagen der Klassenantagonismen, jegliche Form von Ausbeutung, Erniedrigung und Unterdrückung überhaupt beseitigt und eine neue Gesellschaft auf neuen politischen, sozialökonomischen und geistig-ideellen Grundlagen schafft, macht sie sich und ihren Staat zum legitimen Erben und Vollstrecker alles historisch Fortschrittlichen." (Autorenkollektiv 1978, Lehrbuch des Staatsrechts der DDR)

Da darf sich der Rückschrittliche nicht wundern, wenn in ihn vollstreckt wird. Die Überzeugung von der moralischen Überlegenheit, die Selbstgerechtigkeit der von der heiligen Dreifaltigkeit Wissenschaft, Theorie und Gesetz Auserwählten und die Großmannssucht dessen, der für den ganzen Kosmos die Gegenwart der anderen an seiner erhofften Zukunft mißt, bedrücken selbst noch den heutigen Leser.

Warum kann das nicht abgetan und als politische Meinungsverschiedenheit aus der Vergangenheit weggewischt werden, wie es mit den Debatten um den grünen Pfeil oder die Form der Ampelmännchen der Fall sein wird? Weil es mehr bedeutet als die Artikulation verschiedener Ansichten. Weil es einen tieferliegenden Befund zum Vorschein bringt, aus dem die Angehörigen des Wissenschaftssystems der Gegenwart eine Lehre ziehen sollten.

Was diesen Texten durchgängig fehlt, ist ein auch noch so schwacher Hauch von Ironie. Ironie bedeutet, wie uns die alten Meister der Rhetorik lehren, daß man eine Sache benennt, indem man ein ihr Gegenteil bezeichnendes Wort wählt, oder daß ein Gedanke zum Ausdruck kommt, dessen Gegenteil man in Wahrheit denkt. Wie ein einstmals berühmter amerikanischer Fernseh-Kommissar knurrt man "entzückend", wenn man "scheußlich" meint, und man preist das Walten kollegialen Scharfsinns, wo man Borniertheit tadeln möchte. Wer still negiert, was er in wörtlicher Bedeutung affirmativ mitteilt, der begibt sich auf Distanz. Wer sich aber distanziert, der ist kein tauglicher Gefolgsmann.

Radikale sind ironisch nur in bezug auf die Beschreibung ihrer Gegner. Denn Heroen und Missionare können sich keine Ironie leisten, wenn anders sie die Welt säubern oder Proselyten machen wollen. Wo mit dem richtigen Bewußtsein, die Ausbeuterklasse eliminiert werden soll, da kann man sich keine Welt-

sicht leisten, die "zur Entkräftung allen Glaubens an die Chance positiven politischen Handelns" tendiert (Hayden White).

Jetzt, da wir in einer skeptischen, einer relativistischen und mißtrauischen Zeit, einer Zeit des "unglücklichen Bewußtseins" (Hegel) leben und der humorlosen Präzeptoren überdrüssig sind, ist Ironie der Fingerzeig, der uns aus der Belehrungskultur in die Lernkultur (Lepenies) leiten kann. Erst wer angekommen ist, kann die Wegweiser verachten.